



FDP-Kreisverband Wittmund: Kommunalwahlen 2021

Auch auf kommunaler Ebene steht die FDP für eine Politik, die allen Bürgerinnen und Bürgern mehr **Chancen ermöglichen** will, gerade und vor allem um ihr Leben in ihren Ortschaften und Kreisen gestalten zu können. Liberale Kommunalpolitik bedeutet

- durch mehr Freiheit Selbstverantwortung und Selbstinitiative zu fördern,
- ein soziales und generationengerechtes Miteinander aktiv zu unterstützen,
- Bildung als zentrale kommunalpolitische Aufgabe wahrzunehmen,
- sich für Rahmenbedingungen einzusetzen, die Interessen der Wirtschaft und Anliegen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes als zusammengehörend sieht,
- eine bürgerinnen-/bürgernahe, eine sach- und lösungsorientierte Kommunalpolitik zu stärken,
- für Heimatverbundenheit als Weltoffenheit einzustehen.

Selbstverantwortung und Selbstinitiative durch mehr Freiheit

Bürgerinnen und Bürger wollen ihr Leben selbst gestalten und sind durchaus bereit, Verantwortung zu übernehmen und in zahlreichen Bereichen aktiv zu werden, ihre Ideen umzusetzen, sei es in sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Projekten. Das muss auch auf kommunaler Ebene gefördert werden. Die FDP setzt sich dafür ein, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und konkrete Unterstützungsangebote zu machen.

- Kommunalverwaltungen müssen konsequent digitalisiert werden, so dass Bürgerinnen und Bürger sämtliche Behördengänge online und, wenn gewünscht, weitgehend papierlos erledigen können.
- Ggf. muss die Erreichbarkeit der kommunalen Verwaltungen durch „Mobile Ämter“ (Bürgerbusse) sichergestellt werden.
- Zu überprüfen sind Erreichbarkeit und Sprechzeiten der Kommunalverwaltungen, um Bürgerinnen und Bürger noch zeitgerechter informieren und beraten zu können. Auch dabei spielt die Digitalisierung der Verwaltung eine wichtige Rolle.
- Von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und lokalen Gruppen initiierte soziale, wirtschaftliche, politische, kulturelle, sportliche Projekte sollen unbürokratische

Unterstützung der Kommunen erhalten – bei organisatorischen wie finanziellen Fragen.

Bildungs- und Schulpolitik als zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik

Eine entschlossene und weitsichtige Schul- und Bildungspolitik bildet die Grundlage dafür, dass Bürgerinnen und Bürger Chancen nutzen, Verantwortung übernehmen und Initiative entwickeln können. Darum will die FDP, dass Bildung und Schule eine gewichtigere Rolle in der Kommunalpolitik spielen, als Daueraufgabe und nicht als politischen Konjunkturen unterworfenen Aufgabe betrachtet werden.

- Der Schul- und Bildungspolitik auf kommunaler Ebene muss ein größerer Stellenwert zugemessen werden. Bau und v.a. Unterhalt von Bildungseinrichtungen und deren Ausstattung mit Sachmitteln ist als Daueraufgabe ernster zu nehmen, Renovierungs- und Sanierungsstaus dürfen gar nicht erst entstehen.
- Das gilt auch und gerade für die digitale Ausstattung der Schulen. Es muss zügiger auf aktuelle Entwicklungen und Anforderungen reagiert werden. Der technische Support für Schulen durch den Landkreis und die Gemeinden ist auszubauen und effektiver zu gestalten. Alle Schülerinnen und Schüler sind mit digitalen Endgeräten auszustatten, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Elternhäuser.
- Die Beförderung der Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden zu weiterführenden Schulen muss kostenfrei sein.
- Der berufsbildende Bereich und insbesondere die BBS müssen stärker unterstützt werden, damit das Angebot an schulischen wie beruflichen Bildungsgängen ausgebaut werden kann. Gerade für den Tourismus, das Handwerk und die Landwirtschaft ist ein entsprechendes Ausbildungsangebot vor Ort von großer Bedeutung.
- Auf absehbare Zeit wird der Lehrkräftemangel in ländlichen Regionen eine Herausforderung für unsere Schulen sein. Für junge Lehrkräfte und deren Familien muss sich der Landkreis, müssen sich die Kommunen aktiv als attraktive Orte zeigen, um hier zu arbeiten und zu leben.

Soziales und generationengerechtes Miteinander

Die sich aus dem demographischen Wandel ergebenden Herausforderungen sind auch und vor allem auf kommunaler Ebene anzugehen. Für die FDP gilt: Kommunen müssen sowohl für ältere Generationen als auch für Familien und junge Menschen attraktiv bleiben. Kommunen sind Orte, in denen die verschiedenen Generationen miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen, Chancen nutzen und ihr Leben gestalten können.

- Kommunen müssen sich stärker und proaktiver engagieren bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Die Einrichtung von Ärztezentren oder Ambulanzen durch die Kommunen, die Anstellung von Ärztinnen/Ärzten und medizinischen Personals durch die Kommunen muss als eine Alternative in Erwägung gezogen werden.
- Die Möglichkeiten der Telemedizin sind zu nutzen.
- Angebote der Kinderbetreuung sind weiterhin auszubauen.

- Die Einrichtung eines Familienzentrums, das alle Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Jung und Alt bündelt, würde den Landkreis als familienfreundlichen Landkreis aufwerten.
- Die Gemeinden und Ortschaften müssen attraktiver für junge Bürgerinnen und Bürger werden. Es kann nicht sein, dass sie dafür in benachbarte Landkreise ausweichen müssen. In Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Verbänden, dem Ganztagsbereich der Schulen etc. müssen Freizeitangebote für junge Menschen ausgeweitet werden. Die Jugendtreffs bzw. Jugendzentren der Gemeinden müssen unterstützt werden, um zusammen mit den Jugendlichen attraktive Angebote entwickeln und anbieten zu können.
- Die FDP setzt sich ein für den Ausbau und die Ertüchtigung des Freizeitgeländes in Isums mit Freibad und Skaterbahn. Auch ein Basketballspielfeld würde das Freizeitgelände attraktiver machen. Flexiblere Öffnungszeiten für das Freibad sind anzubieten.

Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik als Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik – und umgekehrt

Die dauerhafte Stärkung der Wirtschaft in den Kommunen, die Förderung und Unterstützung v.a. der kleinen und mittleren Unternehmen muss ein zentrales Anliegen der Kommunalpolitik sein. Umwelt- und Klimaschutzanliegen stellen nicht Gegenpole einer Stärkung der Wirtschaft auf kommunaler Ebene dar, sondern gehören zwingend dazu. Der Ausbau und die kontinuierliche Unterhaltung der Infrastruktur ist unerlässlich. Dazu gehört auch die Stärkung der digitalen Infrastruktur. Die FDP will Kommunen als Orte stärken, in denen Bürgerinnen und Bürger einer zukunftsfähigen Tätigkeit nachgehen können, die ihnen ein sicheres Einkommen ermöglicht.

- Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist bei allen bereits sichtbaren Fortschritten weiter voranzutreiben.
- Der öffentliche Personennahverkehr darf sich nicht in der Organisation des Schülerverkehrs erschöpfen. Verlässliche und Busverbindungen, die so getaktet sind, dass sie den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen, sind einzurichten. Anrufbusse sind ebenso als Möglichkeit zu berücksichtigen.
- Der Landkreis und die Gemeinden müssen sich mit Nachdruck für zuverlässige Verbindungen der Nordwestbahn und eine bedarfsgerechte Taktung einsetzen.
- Ein wesentlicher Aspekt intelligenter Verkehrspolitik vor dem Hintergrund des Klimaschutzes ist es, den PKW-Verkehr deutlich zu reduzieren. Daher setzt sich die FDP für die Weiterführung der Bahnverbindung Esens-Bensersiel ein .
- Alle öffentlichen Gebäude und Parkplätze sind mit einer ausreichenden Anzahl an Ladestationen auszustatten, um Elektromobilität zu fördern.
- Ein attraktives Radwegenetz ist von großer Bedeutung für unsere Region. Das Radwegnetz ist nicht nur auszubauen, sondern vor allem auch kontinuierlich zu unterhalten
- Die Möglichkeit des Baus oder Erwerbs von Eigenheimen ist einer der Faktoren, die das Leben im Landkreis Wittmund attraktiv machen und vor allem kleinen Ortschaften eine Zukunft gibt. Die Ausweisung neuer Baugebiete muss in enger

Abstimmung mit dem Naturschutz erfolgen. Da Boden nicht beliebig vermehrbar ist, gilt: Möglichkeiten einer Verdichtung sind konsequent zu nutzen, die Neunutzung bestehender Gebäude ist zu fördern.

Ebenso setzt sich die FDP dafür ein, den Umfang von Bauvorschriften möglichst gering zu halten.

- Landkreis und Kommunen müssen effektiver kooperieren bei der Ansiedlung von Betrieben und Unternehmen. Schwerfällige bürokratische Prozesse stehen dem noch zu häufig entgegen. Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete muss in enger Abstimmung mit dem Naturschutz erfolgen.
- Die FDP wird die Kommunen daran hindern, die sogenannte Grundsteuer C („Baulandsteuer“) zu einer weiteren Einnahmequelle zu machen. Gleichzeitig setzt sich die FDP für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung und die Minderung der Grunderwerbssteuer zugunsten junger Familien ein.

Sach- und lösungsorientierte Kommunalpolitik

Parteien spielen auch in der Kommunalpolitik eine gewichtige Rolle als Institutionen, die politische Grundhaltungen, Vorstellungen und Ziele der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringen. Das kann aber nicht bedeuten, kommunalpolitische Herausforderungen nur als Fragen aus parteipolitischer Sicht oder gar als Fragen von Posten und Personen zu behandeln. Eine sachgerechte und auf praktikable wie akzeptable Lösungen zielende Kommunalpolitik ist zentrales Anliegen der FDP.

Heimatverbundenheit ist Weltoffenheit

Heimatverbundenheit, sich in der und für die Kommune, in der Bürgerinnen und Bürger ihren Lebensmittelpunkt haben, zu engagieren, ist gerade mit Blick auf globale Entwicklungen und Problemlagen kein Widerspruch zu Offenheit für andere Kulturen, Lebensweisen, Ideen und Lebensentwürfen anderer Menschen. Die FDP setzt sich für eine Kommunalpolitik ein, die von einer solchen Offenheit, von Toleranz und von Interesse für andere Kulturen und Menschen gekennzeichnet ist und sich gleichzeitig zur Unterstützung und zum Erhalt regionaler und lokaler Lebensweisen und Traditionen bekennt.

- Initiativen und Projekte, die sich einem gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen verschrieben haben, die Integration fördern, die regionale und lokale Traditionen fördern, sind von den Kommunen unbedingt zu unterstützen. Zu überlegen wäre, kommunale Beiräte einzurichten, die diese Initiativen und Projekte unterstützen und deren Anliegen und Wünsche koordiniert.
- (Sport-)Vereine sind eine wichtige Stütze der Integration. Dafür sind sie organisatorisch wie finanziell zu unterstützen. Für keinen Jugendlichen sollen Mitgliedsbeiträge eine Hürde für den Beitritt sein, ggf. müssen die Kommunen den Mitgliedsbeitrag übernehmen.
- Sprachbildung ist eine zentrale Bedingung für gelungene Integration. Einrichtungen, die das übernehmen, seien es die Schulen, Volkshochschulen oder andere Bildungsträger, sind dabei zu unterstützen.